

Auftrag :

1. Erstellen Sie eine Zusammenfassung des folgenden Dokuments.
2. Halten Sie der Klasse einen Kurzvortrag über die wichtigsten Inhalte des Dokuments.
3. Bilden Sie mit Hilfe Ihrer Unterlagen Klassenkameradinnen und Klassenkameraden aus, damit sie in die Rolle als Experte, Politiker, Einwanderer und Bürger schlüpfen können.
3. Organisieren Sie ein Podiumsgepräch

Dokument/Titel	EU will Einwanderung in den Griff bekommen
Untertitel	
Quelle	© Der Bund, 21. Juni 2002
Autor	Marianne Truttmann, Sevilla Gekürzte und bearbeitete Version von Ruedi Wälti

EU will Einwanderung in den Griff bekommen

Fremdenfeindliche Parolen kommen an: Das zeigten die jüngsten Wahlen in verschiedenen europäischen Ländern. Dies bewog die Staats- und Regierungschefs der EU, der illegalen Einwanderung einen Gipfel zu widmen. Heute und morgen diskutieren sie in Sevilla einen Aktionsplan zur effizienteren Kontrolle der Zuwanderung. Zur Debatte stehen fast nur restriktive Massnahmen.

Die EU will bürgernäher werden: Laut Umfragen sind über vier Fünftel der EU-Bevölkerung dafür, die Frage der illegalen Einwanderung auf europäischer Ebene zu behandeln. Auch nach den fremdenfeindlichen Alarmzeichen bei jüngsten Wahlen in Dänemark, Frankreich, Portugal und den Niederlanden haben die EU-Staats- und Regierungschefs, die sich heute und morgen in Sevilla zum EU-Gipfel treffen, veranlasst, das Thema Zuwanderung zuoberst auf die Traktandenliste zu setzen. Zwar gäbe es für die Europäische Union momentan eine Reihe anderer wichtiger Fragen zu diskutieren wie die Erweiterung, die Landwirtschaftsreform oder die Reform der Institutionen, aber diese werden entweder auf später verschoben oder an den Rand gedrängt.

«Die laufenden Diskussionen über die legale Zuwanderung und das Asylrecht drohen zu scheitern, wenn wir die Sorgen unserer Bürger hinsichtlich der illegalen Einwanderung nicht ernst nehmen», erklärte Kommissionspräsident Romano Prodi vor dem Europäischen Parlament.

Asylgesuche rückläufig

Allerdings wird die EU momentan nicht von Einwanderern überflutet. Vielmehr ist die Zahl der jährlichen Asylgesuche von 675 000 im Jahr 1992 auf 384 000 im letzten Jahr gefallen. Zwar migrieren in keine andere Weltgegend mehr Menschen als in die EU, doch im Unionsschnitt beträgt die Ausländerquote nur 5,1 Prozent der Bevölkerung (verglichen mit fast 20 Prozent in der Schweiz, die allerdings eine der restriktivsten Einbürgerungspraktiken Europas hat). Rechnet man nur die nichteuropäischen Ausländer, sind es in der EU sogar nur 3,5 Prozent. Um das Spezialistenmanko zu beheben und die Renten zu sichern, wäre die EU eigentlich auf mehr Einwanderung angewiesen.

Definitionsgemäss unklar ist die Zahl der illegal einwandernden Flüchtlinge. Während die EU-Kommission sie auf rund eine halbe Million pro Jahr schätzt, sprechen andere Quellen von bis zu drei Millionen.

Herkunftsland bestrafen

Mit einem Massnahmenbündel, das verstärkte gemeinsame Grenzkontrollen, Datenbanken für Visa und Fingerabdrücke sowie mittelfristig eine einheitliche EU-Grenzschutztruppe vorsieht, will die EU die illegale Einwanderung bekämpfen. Mit Albanien, der Türkei, Rumänien, China und Algerien sollen zudem Rückführungs-abkommen ausgehandelt werden.

Vom britischen Innenminister David Blunkett stammt die Initiative, die Herkunftsländer der illegalen Einwanderer durch Entzug der Entwicklungshilfe oder andere wirtschaftliche Sanktionen zu bestrafen. Doch der Vorschlag stösst auf Widerstand. Der schwedische Premier Göran Persson weist darauf hin, dass es wenig Sinn habe, die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in diesen Ländern weiter zu verschlechtern.

Wer behandelt Gesuch?

Ein weiterer Diskussionspunkt in Sevilla ist die Anwendung des 1997 abgeschlossenen Asylabkommens von Dublin, mit dem die EU die Asylgewährung vereinheitlichen wollte. Gemäss diesem Abkommen muss jener EU-Staat, dessen Boden ein Flüchtling als ersten betritt, das Asylgesuch behandeln. In der Praxis funktioniert dies nicht. Insbesondere Italien, wo besonders viele Flüchtlingsschiffe ankommen, wehrt sich gegen diese Regelung.

Terrorbekämpfung

Eng verknüpft wird die Zuwanderungsfrage in Sevilla mit der Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung - obwohl der Zusammenhang nur teilweise gegeben ist. Auch hier stützt man sich auf Umfragen, wonach 89 Prozent der europäischen Bürger terroristische Attentate befürchten und ebenso viele den Kampf gegen Kriminalität und Drogenhandel für eine prioritäre Aufgabe der EU halten.